

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

18.2.1921 (No. 41)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telefondienst
Karlstr. 14
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
C. U. M. e. n. b.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.; — Einzelnummer 35 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gesparte Festschrift über deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung und Kontoführung wird der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Zerstörung, Sperrung, Ausschließung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zu den Um a zstenererklärungen.

In Nummer 38 der „Mannheimer Volksstimme“ vom 8. d. M. wird in einer Zuschrift aus einer Landgemeinde der Befürchtung Ausdruck verliehen, die Reichsregierung könne dadurch geschädigt werden, daß gewissenlose Steuerpflichtige ihre der Umsatzsteuer unterliegenden Umsätze zu nieder anmeldeten.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese Gefahr bis zu einem gewissen Grad besteht. Die Erfahrung lehrt, daß viele Umsatzsteuererklärungen zu nieder sind. Die Beamten der Finanzämter wissen dies aber wohl und nehmen deshalb die Erklärungen keineswegs ungeprüft hin. Was die Umsätze der Landwirte anlangt, auf die in jener Zeitungsnotiz besonders abgehoben ist, so sind Vorkehrungen getroffen, die eine vollständige Erfassung der aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse erzielten Einnahmen ermöglichen sollen. Da die große Masse der Landwirte keine Geschäftsbücher führt, so machen die Finanzämter bei der Veranlagung dieser Wirtschaftlichen von der Einrichtung der Schätzung Gebrauch, wenn die Besenken des Finanzamts gegen die Steuererklärung durch die Auskünfte der Wirtschaftlichen nicht gehoben werden können. Stellt sich im Veranlagungsverfahren heraus, daß ein Steuerpflichtiger seine Umsätze zu nieder angemeldet hat, so wird das Strafverfahren eingeleitet. Die Strafbestimmungen sind streng. Die Hinterziehung der Umsatzsteuer wird mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis bestraft.

Österreichisches Konsulat in Mannheim.

Dem zum österreichischen Honorarkonsul in Mannheim ernannten Herrn Ernst Wodenhelm ist seitens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Demzufolge wird er zur Ausübung konsularischer Funktionen im Kreise Mannheims zugelassen.

* Von den Deutschnationalen.

Mit dem Austritt Kardorffs und seiner Freunde aus der „deutschnationalen“ Volkspartei hat es angefangen, und mit einer regelrechten Krise innerhalb der Partei hat es zurzeit sein augenblickliches Ende erreicht. Wohin diese Krise führen wird, zu einer Stärkung oder Schwächung der Partei, kann heute noch niemand sagen. Die Tatsache der Krise ist aber nicht aus der Welt zu schaffen.

In der „deutschnationalen“ Volkspartei standen sich von vornherein zwei Richtungen klar erkennbar gegenüber. Die eine Richtung wollte eine mehr gemäßigte, der allgemeinen Notlage des Vaterlandes gerecht werdende Politik, die andere Richtung hielt die Opposition um der Opposition willen, die Intransigenz des parteipolitischen Standpunkts für das allein Richtige. Die gemäßigte Auffassung, die in der Weisheit nur über schwache Minoritäten verfügte, unterlag, und das hatte eine Reihe von vielbeachteten Austritten aus der Partei zur Folge.

Anfangs schien es, als ob die Sieger völlig einig untereinander wären. Dieser Eindruck hat sich aber im Laufe der Zeit verflüchtigt. Schon seit Monaten sehen wir, daß der alte Gegensatz, in neuer Form, wieder lebendig geworden ist.

Allerdings besteht infolgedessen ein erheblicher Unterschied gegen früher, als die Vertreter der gemäßigten Tonart heute durchaus nicht mit der Folgerichtigkeit und Ehrlichkeit eines Kardorff operieren und auch keineswegs aus politischer Überzeugung oder aus wirklicher Rücksicht auf die Räte unseres Volkes eine gewisse Mäßigung walten lassen, sondern lediglich aus taktischen Gründen. Und man kann es begreifen, daß dieser Tage ein „Deutschnationaler“, der in der eigenen Parteipresse nicht zu Wort kommen konnte, im „Vorwärts“ die Parteileitung und ihre ganze Politik der Unwahrhaftigkeit bezichtigt hat.

Diese Richtung innerhalb der deutschnationalen Volkspartei hat augenblicklich offiziell die Oberhand; ja, es scheint so, als ob die eigentliche Parteileitung unter Führung Sergts ziemlich geschlossen für diese, sozusagen „revisionistische“ Taktik eintritt. Wenn dahinter ehrliches Wollen und aufrichtige Mitarbeitsbereitschaft stände, könnte man gegen eine solche Taktik wahrlich nichts einwenden. Aber von einer solchen Aufrichtigkeit ist wenig zu merken.

Bunächst einmal hat eben doch die Parteileitung gewisse, gefühlsmäßige Rücksichten auf die Wählerschaft zu nehmen. Und das Gros dieser Wählerschaft folgt zweifellos viel lieber der aufreizenden nihilistischen, mit einseitigen Versprechungen arbeitenden Parole der extremen Richtung. Und so ist es auch zu erklären, daß der Parteivorsitzende Sergt den ihm von deutschnationalen Abgeordneten unterbreiteten Vorschlag der parteimäßigen Bildung einer nationalen Einheitsfront mit der Bemerkung ablehnte, daß die Wähler der „deutschnationalen“ Volkspartei die Teilnahme an einer solchen Einheitsfront, die ja letzten Endes immer eine Teilnahme an der Regierung sein müsse, nicht verstehen würden, weil sie dann ja mit den Sozialdemokraten an einem Tische sitzen müßten.

Der Zufall wollte es nun, daß Sergt noch früher ablehnte, als die Sozialdemokraten, und daß er es in einer Form tat, die bei der Deutschnationalen Volkspartei die Überzeugung wachrufen mußte, daß der „deutschnationalen“ Volkspartei in dieser Stunde der Not an der Rettung des Vaterlandes durch entschlossene Einmütigkeit nichts gelegen sei. Persönlich hat einer der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Becker, der in erster Linie mit Sergt verhandelte, offen erklärt, daß „diese Verhandlungen für ihn die schwerste politische und persönliche Enttäuschung gewesen seien, die er je erlebt habe“.

Als die „deutschnationale“ Parteileitung merkte, daß sie durch die schroffe Ablehnung ihre Aussichten für die Reichswahlen verschlechtert und dem Gegner ein vortreffliches Agitationsmaterial in die Hand gespielt hatte, schwenkte sie um. Sie hat das sicherlich ohne alle Gewissensbisse getan, weil sie ja von vornherein mehr unter dem Zwang, als aus eigener Überzeugung abgelehnt hatte.

Zur Zeit schweben denn auch neue Verhandlungen zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei und der „Deutschnationalen“ Volkspartei, um in irgend einer Form die Bildung jener nationalen Einheitsfront zu ermöglichen. Und die „deutschnationale“ Parteileitung hat schon vor einigen Tagen verkünden lassen, daß sie grundsätzlich zu einer solchen Bildung bereit sei, falls das Ergebnis der Londoner Verhandlungen ein negatives sein und das Reich vor eine besonders gefährliche Situation stellen sollte.

Wir betrachten genau so, wie die beiden anderen Koalitionsparteien im Reich, Zentrum und Deutsch-Demokraten, diese Verhandlungen nur mit platonischem Interesse, da sie zu einem wirklich guten Ergebnis doch nicht führen werden. Uns erscheint nach wie vor eine nationale Einheitsfront, wie sie sich durch die einmütige Unterstützung der bestehenden Reichsregierung durch das ganze deutsche Volk ergibt, viel wichtiger und nach außen hin viel wirkungsvoller, als jene von der Deutschen Volkspartei propagierte künstliche Verbreiterung der parteimäßigen Regierungsbasis.

Im übrigen haben wir aus alledem, was bis jetzt über die Verhandlungen mit der „deutschnationalen“ Volkspartei bekannt geworden ist, den Eindruck gewonnen, daß hier doch nicht ehrlich und aus aufrichtigem Herzen mitgearbeitet werden soll, sondern lediglich aus taktischen Gründen. Die „deutschnationale“ Parteileitung scheut eben den Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit und möchte von sich aus ganz gerne in irgend einer Form an der Regierung teilnehmen, um so noch besser für die Interessen der Reaktion sorgen zu können. Sie würde mit dieser Taktik schon viel eindeutiger hervorgetreten sein, wenn es nicht Rücksicht zu nehmen gälte auf die extreme Richtung, die sich gar nicht geniert, in Artikeln und Versammlungsreden das Tun und Treiben der offiziellen Parteileitung heftig zu kritisieren.

Zu dieser Kritik gibt es mehr als einen Anlaß. Die extreme Richtung, der man mit Recht Rücksichtslosigkeit und Einseitigkeit, Brutalität und Verheerungsvorverfen kann, die aber immerhin mit einer gewissen, an sich nicht unsympathischen Offenherzigkeit agitiert, findet es vor allem anstößig, daß die „deutschnationale“ Parteileitung sich auf der einen Seite so antieimistisch wie nur irgend möglich gebärdet, auf der anderen Seite aber bei reichen jüdischen Volksgenossen um Wahlgelder schnorren geht, ja, diesen Herren sogar Kandidaturen in Aussicht stellt. Die Art, wie die jetzigen „deutschnationalen“ Preußenkandidaturen zustande gekommen sind, haben „wegen ihres ausgesprochenen jüdischen Geistes in den weitesten Kreisen der Partei peinlichstes Versehen erregt“. Der deutschnationale Verfasser des erwähnten Artikels im „Vorwärts“ fragt demgemäß: „Warum ist gerade bei den Deutschnationalen so ein

Moraft? Die Zustände bei den Deutschnationalen sind wahrhaftig nicht dazu angetan, ihnen am 20. Februar die Massen zuzuführen, auf die sie eigentlich Anspruch erheben müßten. Und so wird es für viele diesmal das letzte Mal sein, daß sie deutschnational wählen!“

Als Beweise für das Vorhandensein eines solchen Morastes führt der Verfasser die Tatsache an, daß die „deutschnationale“ Parteileitung die Aufnahme jüdischer Mitglieder von der Bezahlung entsprechend hoher Beitragsgelder abhängig macht, ferner die weitere Tatsache, daß bei der Oberbürgermeisterwahl in Großberlin ein Teil der „deutschnationalen“ Stadtverordneten auf Weisung der Parteileitung für den jüdischen Kandidaten der Unabhängigen, Dr. Weyl, gestimmt hat. Schließlich wird es als höchst auffallend bezeichnet, daß der jüdische Herr Gerschel als Leiter der Vera-Verlags-Gesellschaft angestellt worden sei, einer Verlags-Gesellschaft, die die Aufgabe habe, „Zeitungen aufzukaufen und zu „sanieren“, wie der Geschäftsstüchige die Erdrosselung der Verleger zu nennen beliebt“. Gerschel sei ein Schützling Eugenbergs und begiehe für seine Tätigkeit märchenhafte Gehälter.

Man ersieht aus allen diesen Erörterungen und Anklagen, daß die „deutschnationale“ Volkspartei allerdings bei einer Krise angelangt ist. Verschärft wird diese Krise in ihrer Wirkung nach außen noch durch die bekannten Fälle Mager, vanden Kerckhoff und Simon, Fälle, die es der „deutschnationalen“ Volkspartei ein für alle Male verbieten sollten, sich über angebliche Korruption bei anderen aufzuregen. Und es ist erfreulich, daß das führende Zentrumorgan in Berlin, die „Germania“, kaum einen Tag vorübergehen läßt, ohne die Öffentlichkeit mit der Nase auf diese für die „Deutschnationalen“ höchst blamablen Vorkommnisse zu stoßen.

Politische Neuigkeiten.

Die Reden von Dr. Simons

In Stuttgart und Karlsruhe sind der Pariser Presse auf die Herzen gefallen, so daß sie jetzt alles versucht, den starken Eindruck der überzeugenden Worte des deutschen Außenministers abzufschwächen. Immerhin ergibt sich aus manchen dieser Äußerungen, daß man in Paris endlich damit zu rechnen beginnt, daß man in London tatsächlich verhandelt und nicht bloß diktiert werde. So schreibt „Pertinax“ im „Echo de Paris“:

In seiner neuen Rede, die Dr. Simons in Karlsruhe gehalten hat, hat er seinen Appell an Amerika erneuert. Nach Pertinax Meinung habe das Abkommen von Paris endgültig den Verlauf der Konferenz von Brüssel unterbrochen, die sich ziemlich ungünstig angeschlossen habe. Weil man jetzt unternehmen habe, den Gesamtbetrag der deutschen Schuld festzusetzen, werde die deutsche Regierung gezwungen sein, der Londoner Konferenz jedenfalls die Zahlen vorzulegen, die sie von ihrem Standpunkt aus als gerecht und vernünftig betrachte. Zwischen diesen beiden Summen würde aber eine gewaltige Lücke klaffen. Pertinax wirft dann die Frage auf, ob sich die Verbündeten sofort mit der Entsendung einer militärischen Expedition befassen würden. Der deutsche Gedankengang scheine der zu sein, daß Amerika sich einem derartigen Vorhaben widersetzen würde. Die Aca Wilson neige sich ihrem Ende zu und es spreche alles dafür, daß Wilson seinem Nachfolger freie Bahn lasse. Seine letzten Besten würden wohl sein, die schwachen Fäden, die Amerika noch mit den Alliierten verbinden, zu zerschneiden. Dann bedauert Pertinax, daß Frankreich über die Vorgänge in der amerikanischen Politik so schlecht unterrichtet sei. Man wisse, daß Hughes das Amt eines Staatssekretärs übernehmen werde und die Organe der radikalen Richtung begrüßten seinen Amtsantritt mit großer Genugtuung. Pertinax schiebt Amerika die Verantwortung über die Lage der französischen Sache in den Niederlanden zu. Marcel Hutin schreibt im „Echo de Paris“: Ministerpräsident Briand werde sich in den Grenzen des Abkommens von Paris halten. Wenn die Deutschen mit einem kategorischen Nein London verlassen würden, sei anzunehmen, daß die französischen Unterhändler nach Paris zurückkehren würden, und daß Ministerpräsident Briand unverzüglich das Parlament unterrichten werde. Man fasse die Möglichkeit ins Auge, daß die englischen Freunde die Sanktionen nicht sofort spielen lassen würden, die in dem Abkommen von Paris vorgesehen seien. Wenn England z. B. Besitz ergreife von den Balkaninseln eines großen deutschen Hafens u. Frankreich für den Anfang damit beginne, Sand auf eine industrielle Großstadt zu legen, die für die Kolonialisierung an Bayern und andere deutsche Staaten in Frage komme, dann werde die deutsche Regierung sich wohl die Sache überlegen und ohne Zweifel nach London zurückkehren, um auf einer Grundlage zu verhandeln, die sich den Pariser Dispositionen anpasse.

Die „Action française“ schreibt: Je mehr Dr. Simons spricht, um so mehr verschlechtert sich der Fall. Tut er das leichtfertig? Welche Gründe kann er haben? Simons reizt die Bevölkerung von Süddeutschland auf und ist Badens und Württembergs, wie aus einer in Karlsruhe gehaltenen Äußerung

herausgeht, so sicher, wie er Preußens sicher ist. Wo am Sonntag die Wahlen wahrscheinlich national ausfallen werden. Deutschland hat keine Angst vor den Folgen seiner Weigerung und darin besteht die ganze Schwere seiner Lage.

Der Genfer Korrespondent des Pariser „Journal“, Bernus, seit einiger Zeit außenpolitischer Mitarbeiter des „Journal des Debats“, giebt in das Wagen der Pariser Stimmung. Er sagt, die Rede Simons verfolge zwei Ziele: das eine sei eine Agitation für die Koalitionsparteien, das andere, in der Entente den Eindruck zu erwecken, als sei das ganze deutsche Volk entschlossen, sich nicht zu unterwerfen und als bereit sich eine schwere Krise vor. Dieses Doppelspiel würden wir nur fördern, wenn wir nicht kaltes Blut behielten. Auf Deutschlands Seite will man gern bei den Siegerböckern den Gedanken verbreiten, als sei eine Art Krieg unvermeidlich, um Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtung zu bringen. Die Rechnung ist nicht schlecht, denn die Sehnsucht nach Frieden ist so allgemein, daß man die Entente zu Konzessionen veranlassen wird. Zweifellos gedenkt Simons nicht, es mit dieser Katastrophopolitik bis zum äußersten kommen zu lassen. Er will uns Furcht einjagen und hofft auf Verwirrung. Leider begünstigen bei uns Leute die Manöver, die großzügige Operationen gegen Deutschland für unmöglich halten. Es ist aber ein Fehler, die öffentliche Meinung umsonst aufzuregen. Wir laufen Gefahr in uns furchtbare Unternehmungen zu tätigen. Mit unseren Verbündeten in aller Ruhe und Kaltblütigkeit unsere Dispositionen zu treffen, tut uns umso mehr Not, als die Londoner Konferenz eine Enttäuschung bringen wird.

Bayern und die Entwaffnungsfrage.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Landtages kamen zwei Interpellationen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen über die Haltung der bayerischen Regierung zu dem Pariser Diktat zur Besprechung. Ministerpräsident v. Kahr kennzeichnete in Beantwortung der Interpellationen den Standpunkt der Regierung und der Koalitionsparteien dahin, daß die Ausführung der Pariser Forderungen die vollständige Verflüchtigung des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft, auf zwei Generationen hinaus bedeuten würde. Das ganze deutsche Volk in allen seinen Teilen sei sich darin einig, daß diese Vorschläge unannehmbar seien. In der Entwaffnungsfrage sagte der Redner, daß der bayerische Ministerpräsident an dem seither eingenommenen Standpunkt festhalten müsse. Die Einwohnerwehr sei in der schwersten Not des Staates und des bayerischen Volkes entstanden durch des Volkes freien Entschluß. Sie habe keinen anderen Zweck und habe niemals einen anderen Zweck gehabt als den, den Schutz der eigenen Person und des Eigentums und der Wahrung der Ruhe und Ordnung im Staate. Niemals noch habe sie ihre Waffen mißbraucht. Alle außerpolitischen Befürchtungen über ihr wahres Wesen seien ebenso unbegründet wie die Befürchtung, daß sie als militärisches Instrument unserer früheren Gegner gefährlich werden könnte. Die Einwohnerwehr werde von selbst verschwinden bei genügender Erklarung des Staates. Heute schon festzulegen, bis zu welchem Termin das der Fall sein wird, ist scheinbar unmöglich.

Zu den Gefahren des Innern, so sagte der Redner, kommen die Gefahren von außen. Die österreichischen Länder stehen unmittelbar vor den allerschwersten Gefahren. Dadurch wird auch Bayern aufs äußerste bedroht. Angesichts dieser Lage ist die bayerische Einwohnerwehr nach wie vor eine staatliche Notwendigkeit. Durch Nachgiebigkeit dienen wir weder uns noch den siegreichen Ländern. Sollte die Reichsregierung zu der Überzeugung gelangen, sich unserem Standpunkt nicht anschließen zu können, so müßte sie für alle Maßnahmen auch die ausschließliche Verantwortung nach jeder Richtung hin tragen.

Vom Kaiserheer zum Reichsheer.

Unter dem Titel „Vom Kaiserheer zum Reichsheer“ hat der General Maerker im Verlag von H. F. Koehler (Leipzig) ein mit vielen Dokumenten ausgeschattetes Buch erscheinen lassen, das Hauptmann a. D. Willy Meyer in der „Berliner Volkszeitung“ einer kritischen Würdigung unterzieht. Hauptmann Meyer schreibt darin u. a.:

Maerker ist überzeugter Monarchist und scheinbar noch heute ein Verehrer Wilhelms II. Aber trotzdem müht er sich rechtlich ab, den Problemen der neuen Welt weitgehendes Verständnis entgegenzubringen. Ja, er hat sogar den Mut, Fehler, die von der kaiserlichen Regierung und der Obersten Heeresleitung gemacht wurden, offen zuzugeben. Zu Anschauungen, wie er sie zum Teil äußert, bekennt sich leider nur selten ein deutscher General. So ist Maerker zum Beispiel der Meinung, daß alle Vorkämpfer, die die Regierung Wilhelms II. im Kriege machte, zu spät kamen; daß die wirtschaftliche und militärische Bedeutung Amerikas völlig falsch eingeschätzt wurde; daß die Oberste Heeresleitung den Wert der Tanks viel zu spät in ihrer vollen Bedeutung erfaßt; daß es den einzelnen Waffengattungen so sehr an gegenseitigem Verständnis gefehlt habe, daß das Zusammenwirken darunter schwer leiden mußte; daß die höheren Stäbe im Felde nicht selten volksfremd, ja kriegsentwöhnt und zu einer Art Stappenhörde geworden waren, wodurch sie berechtigter Mißstimmung bei den Kampftruppen erregten.

Weiter tabelt er, daß man die dienst- und kriegserfahrenen alten Unteroffiziere in nicht ausreichender Weise für den Offiziersersatz heranzog, dagegen Jünglinge, die gerade von der Schulbank kamen, zu Offizieren und zu Vorgesetzten ergrauter Männer machte. Auch gibt er zu, daß die Angehörigen in der Ordensverteilung verbitternd auf den einfachen Mann im Graben wirken mußten.

Am 14. Dezember 1918 begann Maerker von Salzkotten aus das „Freiwillige Landesjägerkorps“ aufzustellen. Damit war das erste „Freikorps“ geschaffen und zugleich dasjenige, das am meisten eingesetzt wurde, um die allerorts aufflackernden Unruhen auszulöschen, als der bolschewistische Herrschaftsbau bei uns begann. Man darf der Versicherung des sympathischen Mannes glauben, daß ihm das Schießen auf eigene Volksgenossen ein Grauel gewesen ist, und daß er alles getan hat, um den Bruderkampf so unblutig wie möglich zu führen. Sein unablässiges Bestreben ging daher auch dahin, in seinem Korps nur anständige, ehrenhafte Soldaten zu dulden und alle unfittlichen Elemente unbedingt daraus zu entfernen. Darauf dürfte es zurückzuführen sein, daß das freiwillige Landesjägerkorps empörend Untaten und unmenschliche Missetaten, wie sie bei anderen Freikorps bekanntlich vorkamen, sich nicht zuschulden kommen ließ, obwohl die Verführung dazu groß gewesen sein mag bei den „Unternehmungen“ gegen Berlin, Gotha, Halle, Magdeburg, Braunschweig, Leipzig, Eisenach, Erfurt, Saal und Bitterfeld.

Es kann für jeden, der nicht vom Parteidoctrina geblendet ist, kein Zweifel bestehen, daß Deutschland dem General Maerker Dank für seine Dienste schuldet, selbst dann, wenn ihn der Gedanke geleitete haben sollte, in der Republik von heute die Monarchie von morgen zu führen.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient noch der Geistesreichtum und die Papatelligkeit des Generals. In Erfurt erließ er im Mai 1919 einen Aufruf, der die Landwirtschaf anhielt, „ihrer großen Pflicht gegenüber der Stadtbevölkerung in selbstloserer Weise nachzukommen“. Dies

Manifest kempelte ihn in den Augen der Landleute zum „Roten General“.

Als der Frieden unterzeichnet werden sollte, war Maerker unbedingt dagegen. Um die Ablehnung des Vertrages herbeizuführen, ließ er sich zu dem Versuche hinreißen, Roske zu einem Staatsstreich zu überreden. Hören wir hierüber den General selbst:

„Ich wurde in der Überzeugung bestärkt, daß die Unterzeichnung ein sehr schwerer Fehler sei, der unter allen Umständen verhütet werden müsse. . . . Von einer vielköpfigen Menge war ein entscheidender, tatkräftiger Schritt nicht zu erwarten. Vielleicht war Roske zu einem solchen zu bewegen. Begleitet von Roskes Stabschef, Major v. Gilsa, und dem Hauptmann Jolobien ging ich noch einmal zum Minister, schilderte ihm in kurzen Worten, wie sich mir die Lage Deutschlands darstellte, und bat ihn mit so dringenden Worten, wie sie mir im Augenblick zu Gebote standen, er möge die Geschäfte des Vaterlandes in seine starke Hand nehmen, sich zum Diktator aufwerfen und den Vertrag ablehnen. Ich versicherte ihm, daß die Reichswehr wie ein Mann hinter ihm stehen würde. Ich erhielt keine Antwort. Der Minister war aber von der Tragik der Lage ebenfalls so erschüttert, daß ihm die Tränen in die Augen traten, er mit der Faust auf den Tisch schlug und mir mit den Worten: Herr General, ich habe die Schmeizelei jetzt auch satt“ mit kurzer, schneller Bewegung krampfhaft die Hand schüttelte. . . . Ich konnte seinen Händedruck nicht anders auffassen, als eine Zustimmung, sich unter Umständen als Diktator an die Spitze zu stellen. Im Gefühl dieser Gewißheit verließen wir das Schloß.“

Aber Gustav Roske blieb verfassungstreuen. General Kröner telegraphierte, daß er jeden Kampf für ausichtslos halte, und daß auch das Meer mit der Unterzeichnung sich abfinden werde. Das gab den Ausschlag. Die Wehrheit der Nationalversammlung war nunmehr für die Annahme des Vertrages.

Einen Monat später wurde der Versuch gemacht, Maerker zur Übernahme der Diktatur zu bewegen. Entlassene Offiziere und Angehörige eines anderen Freikorps forderten den General auf, diese „unfähige Regierung davonzujaagen und durch eine Regierung der Tat, der nationalen Gesinnung, der politischen Einsicht und der Freiheit von der Straße“ zu ersetzen. Aber Maerker lehnte kurzentschieden ab.

Am 1. November 1919 gab Maerker die Führung des freiwilligen Landesjägerkorps ab. Er war in Anerkennung seiner Verdienste zum Befehlshaber des Wehrkreises IV ernannt worden.

Die neuen Berliner Waffenfunde.

Bei dem dieser Tage gemachten Waffenfund im Berliner Westend wurden 39 Maschinengewehre, 35 Karabiner und eine Menge dazugehöriger Munition, bei dem Fund in der Oberfeuerwerkerschule in der Reiterstraße 2000 Infanteriegewehre, 300 Seitengewehre, 16 Karabiner, 10 Maschinengewehrflinten und dazu passendes Gerät festgestellt. Die polizeilichen Nachforschungen haben ergeben, daß die beschlagnahmten Waffen von dem ehemaligen Säubregiment Groß-Verlin, einer aufgelösten Zeitfreiwilligen-Formation, in ihren Verstecken deponiert worden waren, und daß sie zur Ausrüstung einer Ordealsgruppe gehörten, die unter der Leitung des wegen seiner Verwicklung am Rapp-Bußch beurlaubten Adjutanten Dr. Gehl stand. Gehl ist geflüchtet. Nach der amtlichen Mitteilung über die Entdeckung der Organisation Dr. Gehls hat das Berliner Polizeipräsidium die weitere Verfolgung der Angelegenheit an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben. Wie die „B. Z.“ am Montag mitteilt, hat sich der junge Mann, der zuerst Mitteilung von dem Waffenfunde im Westend gemacht hat, das Versteck genommen. Es handelt sich um einen Bankbeamten, der der Ordealsgruppe als Mitglied angehört.

Die Kollbache Gchheimorganisation.

Die „Dresdener Volkszeitung“ macht heute Mitteilungen über eine militärische Geheimorganisation, die der bekannte Baltikumführer Leutnant Kollbach von Berlin aus in verschiedenen Teilen Deutschlands aufgestellt hat. Ehemalige Baltikumtruppen würden als Feldwächter oder auch als Flüchtlinge aus Oberschlesien auf großen Gütern untergebracht. Sie bekämen, um die Landarbeit zu täuschen, zunächst die tarifmäßigen Löhne, dazu käme aber aus dem Geheimfonds der Organisation gegen Unterdruck eines politischen Verpflichtungs-scheines ein beträchtlicher Zuschuß als Treuprämie. Außerdem müßten sich die Betreffenden mündlich verpflichten, gegebenenfalls auf Arbeiter, Sozialisten usw. zu schießen. Die Geldmittel würden von Großgrundbesitzern durch freiwillige Umlagen aufgebracht. Eine Reihe solcher Großgrundbesitzer aus dem Landkreis Breslau und anderen Teilen Schlesiens, die auch Waffen in unbegrenzter Anzahl auslauten, werden in dem Artikel namhaft gemacht, so Hauptmann v. Delfen und der jüngere Herr v. Gehrbbrandt, der die Organisation in Ranslau leitet. Waffen würden auch aus Pommern in großer Zahl nach Schlesien gebracht. Für die strenge Innehaltung der Disziplin sorgte eine Spionorganisation, die unzuverlässige Elemente streng bewacht und sie unter Umständen befristete.

Die Kosten des Ernährungsbedarfs.

Nach den Berechnungen von Prof. Dr. Silbergleit, dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, stellten sich die wöchentlichen Kosten des Ernährungsbedarfs im Januar 1921 für einen Mann in Berlin, unter Ausschluß von Schleichhandelsware, auf 61,23 M. gegen 61,49 M. im Dezember 1920, mithin um 0,26 M. oder 0,42 Prozent geringer. Gegenüber Juli-August 1919, dem Ausgangspunkt der Berechnungen Silbergleits, beträgt die Verteuerung des Ernährungsbedarfs noch 130,62 Prozent.

Ein Protest der christlichen Gewerkschaften Italiens.

Die katholischen Gewerkschaften veröffentlichten einen scharfen Protest gegen die Pariser Forderungen und die angebotenen Sanktionen, die 42 Jahre deutscher Knechtschaft zugunsten des ausländischen Kapitalismus und Imperialismus und die grausamste Verleugung der im Krieg proklamierten Ziele Gerechtigkeit und Freiheit bedeuten. Durch solche Ausschreitungen würde der Wiederaufbau Europas vergrößert und dafür in den Belagerten der Nachgehalt genährt. Im Namen der christlichen Ideale protestieren die Gewerkschaften gegen diesen Versuch, das deutsche Volk zu erwürgen.

Kurze polit. Nachrichten.

Der Reichsrat hielt gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Rebold eine öffentliche Sitzung ab. Angenommen wurde eine Verordnung zur Ausführung des vom Reichsrat beschlossenen Notgesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues.

Angenommen wurde auch der Entwurf einer Verordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung. Nunmehr erstattete namens des Ausschusses der braunschweigische Gesandte Boden Bericht über die Erhöhung der Postgebühren. Im einzelnen wurde das Gesetz über die Postgebühren dahin abgeändert, daß das Porto für Einzelbriefe 60 Pf. und für Postkarten 40 Pf. betragen soll. Nach der Regierungsvorlage sollen für Briefe über 20 Gramm 1,20 M. Porto erhoben werden. Der Ausschuß des Reichsrates hat eine Mittelstufe von einer Mark für Briefe im Gewicht von 20 bis 100 Gramm eingefügt. Briefe über 100 Gramm sollen 1,50 M. Porto kosten.

Der 6. März als deutscher Trauertag. Die Regierungsparteien des Reichstags hatten vor einiger Zeit die Reichsregierung um Vorlage eines Gesetzesentwurfes ersucht, wodurch ein nationaler Trauertag für die Opfer des Krieges eingeführt wird. Die Reichsregierung hat darauf mit den beteiligten Kreisen, besonders den kirchlichen Stellen, Rücksicht genommen und nunmehr dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, in dem der 6. März 1921 zum allgemeinen Trauertag erklärt wird. Der Gesetzesentwurf bezieht sich nur auf dieses Jahr und behält die Frage der dauernden Einführung eines nationalen Trauertages weiteren Erörterungen vor.

24 000 farbige Franzosen im besetzten Rheingebiet. Über die Stärke der im Dezember 1920 in den besetzten Rheinländern gemessenen farbigen Truppen wird amtlich bekannt: Im Bezirk Köln befanden sich rund 5400 Marokkaner, im Bezirk Aachen rund 2100 Marokkaner und Juuben, im Bezirk Trier 385 Araber und Anamiten, im Bezirk Koblenz 700 Algerier und Senegaleser. In Hesse waren 6550, in der Pfalz rund 2600 und im Bezirk Wiesbaden rund 5600 farbige verschiedener Art untergebracht. Insgesamt betrug die Zahl der farbigen Truppen etwa 24 000. Es steht zu befürchten, daß mit Eintritt der warmen Jahreszeit neue farbige Truppen in den besetzten Rheinländern ihren Einzug halten.

30 Millionen Pfund Rehl für Deutschland. Die „Stn. Volkszeitung“ meldet: Erzbischof Dr. Schulte hat vom Erzbischof Mundelein in Chicago ein Kabeltelegramm erhalten, daß eine Liebesgabe von 30 Millionen Pfund Rehl für die Notleidenden in Deutschland geschickt werden soll. Gleichzeitig fragt der Erzbischof an, ob die Reichsregierung den erforderlichen Schiffsraum stellen könne. Sowohl der Reichskanzler, als auch der Reichsernährungsminister haben den Kölner Erzbischof unter dankbarer Anerkennung der charitativen Großtaten der katholischen Nordamerikas telegraphisch wissen lassen, daß der Schiffsraum unberühlig zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Vereinigten Staaten und die deutsche Kabel. Nach einer „Times“-Meldung hat die Entwicklung der Verhältnisse seit Verlegung der letzten internationalen Verbindungsmittelfrequenz (Mitte Dezember) die Amerikaner in ihrem Entschluß bekräftigt, die Wiederherstellung des atlantischen Kabels für den Dienst zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland und die Rückerrichtung des Kabels Guanabara-Schanghai und Niederländisch-Indien sicherzustellen.

Der Nachfolger Legats. Der frühere württembergische Arbeitsminister und sozialdemokratische Abgeordnete Lepphardt hat die Stellung eines Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes angetreten und sein Mandat als württembergischer Landtagsabgeordneter niedergelegt.

Die praktischen Folgen des Kommunismus. Die sächsisch-Regierung und der sächsische Landesausschuß erörtern nach Zeitungsmeldungen gegenwärtig die Frage, wie dem schwer unter der Arbeitslosigkeit leidenden Vogellande zu helfen sei. Die Regierung betont dabei: wilde Streiks und Unruhen hätten die Folge gehabt, daß dem Vogellande Millionen-Aufträge an das Ausland verloren gegangen seien. Dieses wirtschaftliche Elend ist auf die verwerflichste Verheerung der Arbeiter durch kommunistische Elemente zurückzuführen.

Amerikanische Bankgründung zum Wiederaufbau Europas. Wie der „Ratin“ meldet ist in Chicago in Anwesenheit von 500 der größten Bankiers die Foreign Trade Financing Corporation mit einem Kapital von 100 Millionen Dollars gegründet worden, an deren Spitze der Direktor der „Federal Reserve Board“, Harding, steht und in der auch Herbert Hoover und der Präsident der „Standard Oil Co.“, Dufford, eine gewisse Rolle spielen. Die Aufgabe der neugegründeten Bank ist nach Äußerungen Hoovers, Lebensmittel und Rohmaterialien mit langfristigen Krediten zu gewähren.

Weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit in England. Im englischen Unterhaus teilt Mac Namara mit, daß die Zahl der Erwerbslosen in England vom Oktober 1920 von 350 000 auf 1 039 000 am 11. Februar gestiegen sei, nicht gerechnet die ungefähre 600 000 Arbeiter, die eine verkürzte Arbeitszeit hätten.

Gegenrevolution in Petersburg? „Daily Mail“ meldet aus Helsingfors: Seit Samstag fehlt jede Nachricht aus Petersburg, wo sich nach Aussagen von dort kommender Personen schwere Kämpfe zwischen kommunistischen Truppen und Gegenrevolutionären abspielten. „Morningpost“ meldet, daß sich das Zentrum von Petersburg in der Hand von gegenrevolutionären Streitkräften befindet.

Badische Ueberlicht.

Friedensvertrag und Binnenschiffahrt.

P.A. Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über Entschädigungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 31. August 1919 ist die Befugnis zur Entschädigung von Gegenständen für das Reich, die in Ausführung des Friedensvertrages auf dem Gebiete der Binnenschiffahrt an die alliierten und assoziierten Regierungen oder eine von ihnen oder einen Angehörigen der alliierten oder assoziierten Mächte übertragen sind, dem Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte Berlin SW. 48, verlängerte Hedemannstr. 3/4 übertragen worden. Dieser ist gleichzeitig als Anforderungsbehörde im Sinne des § 4 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 bestellt worden, soweit Leistungen zur Durchführung der Vertragsverpflichtungen auf dem Gebiete der Binnenschiffahrt erforderlich sind.

Als Hilfsorgan zur Durchführung der Enteignungsmaßnahmen steht dem Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte die Schiffsabteilung beim Reichsverkehrsministerium (Friedensabteilung) nebst ihren örtlichen Dienststellen zur Verfügung. Soweit die Schiffsabteilung in Einzelfällen bereits mit der Enteignung von Binnenschiffen beauftragt war, ist die Enteignungsbefugnis auf dem Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte übergegangen.

Erwerbslose Eisenbahner.

Unter dieser Überschrift wurde in Nr. 84 des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ vom 5. Februar 1921 die Biederstellung der aus Anlaß der Diebstähle im Rangierbahnhof Mannheim entlassenen Arbeiter und Beamten mit dem Hinweis darauf befürwortet, daß einem großen Teil der Beteiligten von den Justizbehörden Strafausschub auf Wohlverhalten gewährt worden ist.

Dazu wird von zuständiger Stelle bemerkt: Der Verfasser des Artikels des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ übersieht offenbar, daß für die Gewährung von Strafausschub auf Wohlverhalten für die Justizbehörden wesentlich andere Gesichtspunkte maßgebend sind, wie für die Eisenbahnverwaltung bei Prüfung der Gesuche um Biederstellung der Zurückgestellten. Im letzteren Fall muß in erster Linie berücksichtigt werden, daß die Beteiligten sich eines schweren Vertrauensmißbrauches gegenüber ihrem Arbeitgeber schuldig machten und sich dadurch gegen das Treueverhältnis, in dem sie zur Eisenbahnverwaltung standen, vertragen haben. Eine strenge Beurteilung ist daher im Interesse der Eisenbahnverwaltung sowohl als auch im wohlverstandenen Interesse des gesamten Eisenbahnpersonals selbst unbedingt geboten. Nicht weniger gilt es aber auch, das Vertrauen der Verkehrstreibenden in die Unbeflecktheit und Unantastbarkeit der Verkehrsbetriebe, das durch die fortgesetzten Verurteilungen von Beförderungsgütern bedauerlicherweise gesunken war, wieder herzustellen. Die Eisenbahnverwaltung muß daher mit aller Strenge darauf halten, uneheliche Elemente aus dem Eisenbahndienst zu entfernen und sie von ihm dauernd fernzuhalten. Von diesem Grundsatz kann auch bei den in den Mannheimer Diebstahlfällen beteiligten Arbeitern und Beamten nicht abgesehen werden. Es wird hierwegen auf die von der badischen Regierung in den Sitzungen des badischen Landtags vom 2. März und 9. Juni 1920 abgegebenen Erklärungen hingewiesen, die i. J. vom Landtag einstimmig gebilligt wurden. Erwähnt sei noch, daß die von der Generaldirektion Karlsruhe geleisteten Entscheidungen für Beschädigung, Verlust und Minderung von Gepäck, Eprekluft, Tieren und Gütern betragen haben im Jahre 1919: 6 633 000 M. und 1920: 13 346 000 M. P. A.

Die staatliche Förderung der Rindviehzucht.

Auf Grund des Erhebisses einer am 5. Februar 1921 im Ministerium des Innern mit den Vertretern der Züchtervereinigungen und der übrigen größeren landwirtschaftlichen Körperschaften des Landes, sowie mit erfahrenen sonstigen Sachverständigen abgehaltenen Besprechung sollen für die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Rindviehzucht künftig folgende allgemeinen Grundsätze maßgebend sein.

An dem bisherigen Zuchtziel, das sich bewährt hat, ist festzuhalten; die im Lande bisher gezüchteten Viehschläge sind beizubehalten, da sie den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst sind. Die Schaffung bodenständiger Zuchten soll mit allem Nachdruck gefördert werden.

Der Förderung der Rindviehzucht auf genossenschaftlicher Grundlage ist besonderer Wert beizumessen. Die Züchtervereinigungen sollen deshalb tunlichst weitgehend zur Mitwirkung bei der staatlichen Zuchtspflege herangezogen und insbesondere auch mit dem Vollzug der staatlichen Maßnahmen betraut werden.

Die Durchführung der Zucht auf Leistung soll — unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Milch-, Fleisch- und Arbeitsleistung — mit allen geeigneten Mitteln gefördert werden.

Zur Verbesserung der Gesundheit und Gesunderhaltung der Zuchtbestände sind geeignete Maßnahmen zu treffen. Es ist deshalb die Förderung von Einrichtungen zur naturgemäßen Aufzucht des Jungviehs und zur planmäßigen Bekämpfung der die Zucht schädigenden Tierkrankheiten dringend geboten.

Unter Berücksichtigung dieser allgemeinen Richtlinien werden für die Förderung der Rindviehzucht mit staatlichen Mitteln künftig in der Hauptsache zunächst folgende Maßnahmen in Betracht kommen:

1. Maßnahmen zur Förderung der Zucht und Beschaffung sowie der Haltung von Gemeindefarren.
 - a) Durchführung des Gesetzes über die Haltung von Zuchtfarren vom 12. Mai 1896.
 - b) Regelung der Versorgung der Gemeinden mit Zuchtfarren aus bodenständigen badischen Züchten; Einrichtung und Betrieb von Farrenaufzuchtstationen; Beschaffung besonders hochwertiger Farren für Gemeinden und Züchtervereinigungen im Hochzuchtgebiet.
 - c) Unterstützung der Übernahme der Farrenhaltung in Selbstverwaltung der Gemeinden durch Gewährung von Beihilfen zur Errichtung von Gemeindefarrentällen.
2. Gewährung von Beihilfen zur Errichtung und zum Betrieb von Jungviehweiden.

Förderung der Bildung von Weide-Genossenschaften; Durchführung planmäßiger sachgemäßer Bewirtschaftung des Weidegeländes.
3. Förderung der genossenschaftlichen Rindviehzucht.
 - a) Ausbau der Züchtervereinigungen;
 - b) zeitgemäße Ausgestaltung des Zuchtbuchwesens;
 - c) Überwachung und Leitung der züchterischen Tätigkeit der einzelnen Genossenschaften. Durchführung sachgemäßer Nachzucht und Aufzucht. Anpassung des Zuchtbetriebs an den sonstigen landwirtschaftlichen Betrieb des Inhabers.
 - d) Durchführung von Milchleistungsprüfungen in den Züchternachzuchtstationen als dauernde Einrichtung.
4. Veranstaltung von Zuchtviehshows.
 - a) Staatliche Shows für im Lande gezüchtete Farren, mit einwandfreiem Abstammungsnachweis sowie für selbstgezüchtete, im Zuchtbuch einer badischen Züchtervereinigung eingetragene Kühe mit nachgewiesener Leistung (Zuchtleistung und Milchleistung);
 - b) Shows der Züchtervereinigungen zur Prüfung und Auszeichnung züchterischer Leistungen (Shows für Jungvieh, Kälbinnen, Zuchtfamilien, Stallcharen);
 - c) Verbindung von Zuchtviehshows mit den Zuchtviehmärkten der Züchtervereinigungen.
5. Förderung des Mollereiwesens.

Gegenwärtige Anpassung der züchterischen Maßnahmen und der Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Mollereierzeugnissen. Aufstellung gemeinschaftlicher Arbeitspläne durch Züchtervereinigungen und Mollereigenossenschaften.
6. Planmäßige Bekämpfung der die Zucht besonders schädigenden Tierkrankheiten.
 - a) Durchführung des Tuberkulosestillungsverfahrens in den Beständen der Züchtervereinigungen und Mollereigenossenschaften.
 - b) Maßnahmen zur Bekämpfung der sonstigen die Zucht schädigenden ansteckenden Tierkrankheiten.
 - c) Förderung des Anschlusses der Gemeinden an die gesetzliche Viehvericherung.

7. Maßnahmen außerhalb der Zuchtgebiete.

- a) Förderung der eigenen Nachzucht in den Milchviehhaltungsbetrieben.
- b) Kräftigung und Auszeichnung von Milchviehhaltungsbetrieben mit eigener Nachzucht und Leistungsabweisen (Stallcharen).

Wegen der Durchführung der verschiedenen Maßnahmen im Einzelnen wird das Ministerium des Innern unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse und Bedürfnisse sowie nach Maßgabe der im Staatsvoranschlag bereit gestellten Mittel zum geeigneten Zeitpunkt das Erforderliche veranlassen.

Badische Konferenz für alkoholfreie Jugendzucht.

L.P.D. Der zweite Tag der badischen Konferenz für alkoholfreie Jugendzucht begann mit einem Vortrag des Regierungsrat Brohmer. Karlsruhe über das Thema: „Der Alkohol im jugendlichen Gemeinschaftsleben.“ Der Redner warf die Frage auf: „Was ist Jugendbewegung?“ und gab die Antwort: Jugendbewegung ist eine Erziehungsform oder eine Erziehungsgemeinschaft. Sie will sich auch durch und mit dem älteren Geschlechte auseinandersetzen, aber als gleichberechtigter Faktor. Ein anderer Begriff kommt hiermit ins Spiel, nämlich die Jugendpflege. Sie andererseits will Genügnung hervorbringen aus dem Gebiete des Sittlichen, Religiösen usw. Das Neue, Eigenständige in dieser Bewegung ist, daß diese Gemeinschaften ihre Führer aus sich selbst wählen. Diese autonome Entwicklung ist für unsere heutige Zeit von außerordentlicher Bedeutung. Von Seiten der Schule ist man diesen Strömungen unter der deutschen Jugend nach dem Kriege insofern nachgegeben, als man die Einführung der Schulgemeinde gestattete. Die Jugendabteilung ist unbedingt zu fordern, mindestens bis zum 18.—19. Lebensjahre. Besonders die akademische Jugend muß sich, wenn sie ihre Bildung abrunden und die Zeichen der Zeit verstehen will, mit dieser Frage eingehend beschäftigen. In erster Linie die Turn- und Sportbewegung und in zweiter Linie die Wanderbewegung ist dazu geeignet, diese Gedanken in die Tat umzusetzen. Das Verhältnis beider Geschlechter hat bei diesen Fragen eine große Rolle gespielt. Man hat sich, was die gemeinschaftlichen Wanderungen anbelangt, überzeugt, daß die Eigenart beider Geschlechter so auseinander geht, daß ein gemeinsames Wandern die beste Lösung dieser Frage bildet. Die weiblichen Mitglieder der Jugendorganisationen dienen als ein willkommenes Werbematerial für den Gedanken der Jugendabteilung, denn sie als Frau und Mutter in der Ehegemeinschaft zum Nutzen der Nachkommen bewerten können. An den Vortrag schlossen sich Besprechungen an.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleihändler.

L.P.D. Mannheim, 17. Febr. Vor der hiesigen Strafkammer wurde ein größerer Schiebertumprozess verhandelt. Verschieden wurde von der Schiebertumskammer größere Quantitäten Schokolade, Kaffee, Zigaretten, Schmalz, Speck, Seife und Arzneimittel. Ein Geschäft kaufte für 80 000 M. Chinin. Das Gericht verurteilte den am meisten Belasteten, den Kaufmann Philipp Kimmmerle zu 9 Monaten Gefängnis. Die übrigen erhielten geringere Gefängnis- und Geldstrafen.

L.P.D. Offenburg, 17. Febr. Die hiesige Schutzmannschaft verhaftete im Schnellzug D 282 Mannheim-Basel eine Frau Erna Schiff und ein Fräulein Elsa Föhrenhals aus Köln unter dem Verdacht des Silberstahlens. Die Verhafteten waren im Besitz von 3886 italienischen, belgischen und französischen Silberfranken und angeblich auf dem Wege nach Konstanz.

Kurze Nachrichten aus Baden.

L.P.D. Zum Überfall in Eberbach. Die humoristische Halbmonatsschrift „D'Baden“ bringt in ihrer neuesten Nummer eine Notiz, nach der „ein badischer Staatsrat, der nebenbei noch das einträgliche Geschäft eines Rechtsanwalts betreibt, die Vertreibung der Personen, die in amerikanischem Auftrage Deutsch-Amerikaner aus Eberbach zu entführen versuchten, gegen Dollarhonorar übernommen hat“. Da von den badischen Staatsräten nur Staatsrat Marum das Amt eines Rechtsanwalts ausübt, kommt er also bei diesen Anschuldigungen allein in Betracht. Wie wir nun erfahren, entbehrt die Anschuldigung jeder Begründung. Staatsrat Marum hat in der Angelegenheit nicht die Interessen der Angeklagten vertreten, sondern war der Berater der Deutsch-Amerikaner, die man entführen wollte.

L.P.D. Weibelsberg, 17. Febr. Der frühere Direktor der hiesigen Bach- und Schlichtgesellschaft, Bartels, der wegen Betruges bei der Gesellschaft zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war und dann flüchtig ging, ist jetzt in Bochum verhaftet worden und wird in den nächsten Tagen hierher überführt werden. Er soll an verschiedenen anderen Orten ebenfalls Unterschlagungen begangen haben.

L.P.D. Wiesloch, 17. Febr. Aber eine versuchte gewaltsame Entführung zur Fremdenlegion berichtet die „Wieslocher Zeitung“ und teilt mit, daß der Schlosserlehrling Martin Maier aus Nauenberg auf der Landstraße von den Insassen eines Kraftwagens überfallen wurde. Die Unbekannten verletzten den jungen Mann in das Auto zu ziehen, durch das Erscheinen eines Dritten wurden sie aber an ihrem Vorhaben gehindert. Das Auto soll auf der Straße nach Bruchsal verschwinden sein.

L.P.D. Pfullendorf, 17. Febr. Einem furchtbaren Verbrechen ist man hier auf die Spur gekommen. Der seit etwa 14 Tagen vermiste Pfälzener Schenker ist von seiner Tochter ermordet worden. Das etwa 20jährige Mädchen hatte seinem Vater den Haushalt geführt, war vor einigen Tagen nach Freiburg zu seinem Liebhaber gereist und von dort telegraphisch von der Abwesenheit des Schnopp unterrichtet worden. An der Suche nach dem Vermissten beteiligte sich dann auch das Mädchen und legte schließlich laut „Konstanzer Zeitung“ ein Geständnis ab in der Nacht zum 31. Januar den Vater durch drei Beiliebe getötet und den Leichnam im Bett versteckt zu haben. Als Grund zu der Tat gab das Mädchen an, daß der Vater ihr das Geld für die Freiburger Reise verweigert habe.

L.P.D. Freiburg, 17. Febr. Wegen Beleidigung der Freiburger Volksbühne war Universitätsprofessor Dr. Krebs vom hiesigen Schöffengericht zu 60 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf seinen Einspruch hin wurde die Angelegenheit vor der Strafkammer verhandelt, die das schöffengerichtliche Urteil aufhob und auf wüßige Freisprechung erkannte. Die Strafkammer billigte Dr. Krebs die Behauptung berechtigter Interessen in weitestem Umfang zu, weil er sich für berechtigt halten konnte gegen fittliche Verminderungen der Bühne anzukämpfen.

Weinversteigerung in Offenburg. Auf Veranlassung der badischen Landwirtschaftskammer findet am 19. und 20. April in Offenburg zum erstenmale eine gemeinsame Weinversteigerung statt. Näheres darüber ist in dem Anzeigenteil zu erfahren.

Badische Gemeindefinanzen.

L.P.D. Mannheim, 17. Febr. Der Bürgerausschuß befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Erbauung von 236 Wohnungen in Waldhof, für die nahezu 28 Millionen Mark nötig werden. Die entsprechende Vorlage des Stadtrats wurde mit 49 gegen 29 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Mehrheitssozialisten und die Demokraten, während die übrigen Parteien gegen die Vorlage waren, zum Teil deshalb, weil sie wünschten, daß zunächst die freien Plätze in der Stadt ausgebaut werden. Bedingung für die Durchführung des Projekts ist die Sicherstellung von Reichszuschüssen für die Baufkosten.

§ Offenburg 15. Febr. In der letzten Versammlung des Bürgerausschusses wurde die Wahl des Steuerausschusses für den Steuerbezirk Offenburg-Stadt vorgenommen, zu kleineren Kreditüberweisungen die erforderliche Genehmigung erteilt, der Anschluß der Stadtgemeinde an den in Bildung begriffenen Arbeitgeberverband badischer Gemeinden, die Bewilligung der Mittel zur Erwerbung von 18 Ar Straßengelände zum Preise von 6 M. pro Quadratmeter einerseits und der Verkauf einer kleinen Parzelle landwirtschaftlichen Geländes zum Preise von 250 M. pro Quadratmeter andererseits, die ratenweise Tilgung von Dachwasserfächendachverpflichtungen sowie die infolge der fortgesetzten Leerung gebotene Erhöhung der Tagesgebühren der Stadträte und der Beamten bei auswärtigen Dienstgeschäften beschlossen. Die Tagesgebühren wurden auf 35 M. bzw. 45 M. mit der Maßgabe festgesetzt, daß sie bei einer Abwesenheit bis zu 6 Stunden mit vier Zehntel, bei 6 bis 10 Stunden mit 7 Zehntel und bei mehr als 10 Stunden voll vergütet werden. Nichtfestbesoldeten steht bei einer Abwesenheit von über 3 Stunden ein Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls bis zu 40 M. zu. — Um der Brennmaterialnot einzigermaßen zu steuern, hat der Stadtrat auch dieses Jahr zu einer Maßnahme sich entschlossen, welche bei der Bevölkerung dankbare Aufnahme findet. Von dem aus den Stadtwaldungen anfallenden Holzzertrags stellt er jeder Haushaltung je 1 Ster Holz und je 25 Stück Wellen zum Preise von 80 M. für das Holz und von 45 M. für die Wellen. Fast allgemein wird von dieser Wohltat Gebrauch gemacht. — Vom laufenden Jahre ab wird der während der Kriegszeit eingestellt gewesene Weinmarkt wieder aufgenommen werden und voraussichtlich im April oder Mai erstmalig stattfinden.

Aus der Landeshauptstadt.

Partoffelversteigerung. Na. Erkreuzerweife hat sich ein Teil der Landbevölkerung der sozialen Not ihrer häßlichen Mitbürger angenommen und für die arme Bevölkerung der Städte in vorbildlicher Weise Kartoffeln zu ermäßigtem Preise zur Verfügung gestellt. Einzelne Gemeinden sind sogar noch weiter gegangen und haben Kartoffeln unentgeltlich abgegeben.

Auch die arme Bevölkerung der Stadt Karlsruhe ist durch Spende umliegender mildtätiger Gemeinden in den Genuß dieser Wohltaten gekommen. Es sei rühmend hervorzuheben, daß für Karlsruhe unentgeltlich Kartoffeln abgegeben haben die Gemeinden: Blankenloch 116 Zentner, Graben 182 Zentner und Rinkenheim 66 Zentner. Zu ermäßigtem Preise haben Kartoffeln zur Verfügung gestellt: die Gemeinden Münsingenheim 175 Zentner, Nischen 271,8 Zentner, Obergrombach 15 Zentner, Elsenz 218 Zentner, Reibshelm 135 Zentner, Bahnbühlchen 65,4 Zentner, sowie die hiesigen Bezugs- und Absatzgenossenschaft Stuppert 35 Zentner. Mit diesen Spenden konnte einer großen Anzahl Bedürftiger aus der Notlage geholfen werden. Dies war umso erfreulicher, als einzelne Spenden noch vor dem Weihnachtseste eingetroffen waren und so mithalfen, der in Nahrungssorgen schwebenden städtischen Bevölkerung das Weihnachtseste zu verschönern. Hoffentlich findet der gute Wille, der sich durch die unentgeltliche und zu ermäßigtem Preise erfolgte Zurverfügungstellung von Kartoffeln gezeigt hat, auch in anderen Gemeinden lebhaftere Nachahmung zum Besten der notleidenden städtischen Bevölkerung.

Badische Zeitungstimmen.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

Die Enten und wir.

Unter dieser Überschrift schreibt Minister a. D. Abg. Dr. Dietrich in der „Badischen Landeszeitung“ u. a.:

„In seiner Birminghamer Rede hat Lloyd George folgende drei Forderungen aufgestellt, von denen er sagte, daß sie schon aus dem Jahre 1918 stammen: 1. Deutschland müsse für die von ihm angerichteten Schäden Reparation leisten. 2. Man könne von einem Schuldner nur das verlangen, was er zu zahlen fähig sei. 3. Es sei nicht angebracht, daß die Art der Reparationszahlungen dem Gläubigerland einen Nachteil zufüge, der größer sei, als die wieder gutzumachenden Schäden.“

In der letzteren Bemerkung zeigt sich eine richtige Einsicht in die Lage der Dinge. Es ist nämlich nicht so, wie viele Franzosen meinen und namentlich die breite Masse dieses Volkes, daß man Deutschland einfach zu Zahlungen zwingen könne, es dreht sich darum, wie kann und was kann Deutschland bezahlen. Die Frage nach dem Wie ist sehr einfach. Nachdem wir unseren ganzen Schiffpark verloren, nachdem unser Auslandsvermögen einschließlich der Guthaben gestört ist, können wir nur zahlen durch Ausfuhr. Ausführen können wir aber nur in Konkurrenz mit England und Amerika, aber auch mit Frankreich; und wenn wir solche Warenmassen nach diesen Ländern ausführen wollten wie erforderlich ist, um die nach den Forderungen unserer Gegner anzubringen, dann Summen damit zu bezahlen, so würde ein großer Teil der einheimischen Industrien in diesen Ländern lahmgelegt werden. Wenn man weiß, daß in England heute 1 Million Arbeitslose sind, daß die Arbeitslosigkeit in Amerika noch viel größer ist, so wird man verstehen, warum in die Vorschläge, die uns die Gegner gemacht haben, die Bedingung aufgenommen wurde, daß wir von unserer Ausfuhr eine Abgabe von 12 Prozent an die Entente zahlen sollen. Man will nicht, daß Deutschland den Ententeländern, voran England, eine scharfe industrielle Konkurrenz bereitet. Denn um diese Konkurrenz zu beseitigen, hat man ja den Krieg geführt; man hat ihn umsonst geführt, wenn sie wiederkommt. Legt man aber auf die deutsche Ausfuhr eine Belastung von 12 Prozent, so hofft man einerseits, die deutsche Industrie zu verhindern, die englische und französische zu unterbieten, und gleichzeitig

belasst man alle anderen, die von Deutschland kaufen, also die Neutralen, wie die an Deutschland angrenzenden kleinen Staaten, die Teilstaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, Polen, die Länder in Übersee mit einer Ausfuhrzoll zugunsten der Entente.

Für die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterschaft bedeutet diese Forderung, wenn sie je durchgeführt werden kann, weiter nichts, als daß die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterarbeiterschaft, so lange jene Abgabe besteht, unter weit ungünstigeren Verhältnissen produzieren müßten, als die Konkurrenz, daß sie ein Viertel des Ertrags ihrer Arbeit an die Entente abliefern und so zur dauernden Lohnminderung an diese verurteilt würde. Die Entente würde gleichzeitig erreichen, nicht nur, daß ihre Industrie und Arbeiterschaft unter besseren Lebensbedingungen als die deutsche arbeite, sondern auch, daß die ganze von den industriellen Produzenten Deutschlands und der Entente abhängige Welt die Schulden der Entente mit decken hilft. Aber auch diese Rechnung des Herrn Lloyd George und der anderen Staatsmänner ist falsch, denn Deutschland wird in einer solchen Situation überhaupt nicht produzieren. Höchstens so viel, als notwendig ist, um ein dürftiges Dasein zu fristen, keinesfalls aber die Leistungen aufbringen, die erforderlich wären, um auch nur annähernd das zu zahlen, was die Entente will. Es ist ein ungeheurer Schwandel, wenn auf der einen Seite von Deutschland Unmögliches verlangt wird und gleichzeitig, wie dies auch Lloyd George wieder tut, gesagt wird, die Welt kann nicht in Ordnung kommen, so lange nicht in Mitteleuropa normale Verhältnisse herrschen. Hier liegt allerdings der springende Punkt. Denn davon, ob in Deutschland normale Verhältnisse herrschen, hängt es ab, ob die Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden ihre bisherige Wirtschaft aufrecht erhalten können, und ob die Teilstaaten Österreich-Ungarns, die Balkanländer, Polen, Rußland, also die gesamten Ostgebiete, in denen der größte Teil der weißen Rasse wohnt, überhaupt wieder zu Atem kommen und wirtschaftlich sich erholen. Der Glaube, nach dem Krieg werde ein ungeheurer Hunger nach Waren sein, hat sich als trügerisch erwiesen. Wohl haben diejenigen, die es noch konnten, ihre Vorräte ergänzt, die Russen aber, die österreichisch-ungarischen und die Balkanländer mit rund 250 Millionen Köpfen sind heute in einem Zustand, in dem sie so gut wie überhaupt nichts kaufen können. Gerät auch Deutschland in diesen Zustand, dann werden nicht nur die umliegenden Kleinstaaten wirtschaftlich denselben Weg gehen, der ins Verderben führt, sondern auch Frankreich, weil es von Deutschland keine Zahlungen bekommt und ohne diese überhaupt nicht weiter bestehen kann. Italien aber deswegen, weil es ohne innige Verbindung mit der deutschen Volkswirtschaft, von der es früher gelebt hat, verloren ist. Wir können es daher den anderen überlassen, uns jenen Unsinn, den sie in Paris aufstellten, zu distanzieren, wenn sie wollen. Die Folgen werden sie am eigenen Leibe zu spüren bekommen, denn das ist nicht der Weg, Mitteleuropa, voran Deutschland, in Ordnung zu bringen. Sollte man sich vollends bei der Entente dahin einschließen, das Ruhrgebiet zu besetzen, so würde der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands zwar beschleunigt, noch mehr aber der Frankreichs und Italiens. Ob England ohne den europäischen Kontinent leben kann, ist eine Frage, deren Beantwortung auch nicht allzuviel Überlegung erfordert...

„Auch der Kultusminister soll zur Strecke gebracht werden!“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Freiburger „Volkswacht“ folgende Ausführungen eines sozialdemokratischen Redners:

„In die Direktoren der Mittelschulen kam von Heidelberg aus ein Rundschreiben des Inhalts, daß am 5. Februar durch den Elternrat und die Schüler sämtlicher Mittelschulen Heidelbergs der Schluß auf Ostern abgelehnt worden sei. Schullehrer und gesundheitliche Gründe geben den Heidelberger Bedenken gegen den Osterschuljahr.

Die Heidelberger stehen etwas spät auf. Die Volksschulen und mehrere Seminare haben schon lange auf Ostern Schluß, ohne daß es den Heidelberger Herrschaften eingefallen wäre, unter der „Gottesgnadenregierung“ im Interesse der Gesundheit ihrer Kinder Einspruch dagegen zu erheben. Den Herrschaften liegt offenbar schwer im Magen, daß die Mittelschule sich nach der Volksschule gerichtet hat.

Nun, man soll das Gute nehmen, wo man es bekommen kann. Die Gründe für den Osterschuljahr sind jedenfalls gewichtiger als die gegen denselben. Der Winter ist für den Lehrer die Hauptarbeitszeit; im Sommer erleidet der Unterricht durch Hitzeperioden usw. oftmalige Unterbrechung. Für den Abiturienten ist jedenfalls die Prüfung an Ostern angenehmer, als in der heißen Jahreszeit, wo er auch gerne einmal ausspannen möchte, wenn nicht das Schreckgespenst „Abitur“ über seinem Haupte schwebte. Im Interesse der Volksschule mußte der Osterschuljahr kommen.

Der Versuch, Uneinigkeit zu säen, dürfte von sehr magerem Erfolge begleitet sein. Wenn auf diese Weise eine ministerielle Verordnung zu Fall gebracht werden könnte, so müßten wir das Schauspiel erleben, daß vielleicht im nächsten Jahre sich in Heidelberg eine Mehrheit findet, die aus gesundheitlichen Gründen den Osterschuljahr verwirft. Das gebe eine Schraube ohne Ende.

Wenn ich auch nicht alles vom Kultusministerium kommende als Evangelium betrachte, muß ich doch sagen, daß mir die energische Art, mit der der Kultusminister die Schuljahresangelegenheit erledigt hat, imponiert. Durch Abstimmung waren wir in der 1. Hälften Zeit der politischen Gegensätze zu keinem Resultat gekommen. Und was heißt Mehrheit gegen den Osterschuljahr? Die Gegner werden mobil gemacht und die anderen bleiben zu Hause, weil ihnen ja der Osterschuljahr paßt. Also, Herr Landgerichtsrat Hönl (so ist der Aufruf gezeichnet), Sie erwarten, daß der Kultusminister den Dingen eingieht. Haben Sie nicht gesehen, daß vor längerer Zeit in einer Direktorenkonferenz in Karlsruhe der Schluß der Schuljahr beraten wurde? Ich bewundere die Naivität, mit der Sie heute an die Direktoren Ihr Gebrauh verenden, um einen Streit zwischen Lehrer und Kultusministerium zu treiben, d. h. im Trüben fischen zu können. Wir kommt vor, als rüde ich die Spekulation. Dem Arbeitsminister möchte man gerne auch die Kultusminister in die Verletzung nachsenden. Landgraf bleibe hart!“

Täglich 44 Millionen Mark Schulden!

Unter dieser Überschrift schreibt der A. R. in der „Mannheimer Volksstimme“:

„Es ist bekannt, daß die deutschen Reichseisenbahnen, und seit 1919 schon die deutschen Staatseisenbahnen, mit Verlust wirtschaften. Dies ist ein Zustand, dem je eher, um so besser abgeholfen werden muß. In der Fachpresse sind darüber die mannigfachsten Ansichten und Vorschläge laut geworden. Neuerdings nimmt auch der ehemalige preussische Staatsminister Hoff in der Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen zu dieser eminent wichtigen Frage Stellung. Was er hier über die gegenwärtige Finanzlage der Reichseisenbahnen mitteilt, sind äußerst betrübliche Tatsachen. Er nennt diese Verlustwirtschaft mit Recht eine ungeheuer große und ist davon überzeugt, daß sie „von den unbefähigten Folgen für die ge-

samte Geschäftsführung begleitet sein muß.“ Der tägliche Betrieb der Eisenbahnen kann heute nur mit rückzahlbaren Zuschüssen aufrecht erhalten werden. Hoff berechnet den täglichen Verlust der deutschen Eisenbahnen auf rund 44 Millionen Mark, oder mit anderen Worten: die Reichsbahnverwaltung macht täglich rund 44 Millionen Mark neue Schulden. Gegenüber einer solchen Verlustwirtschaft sind sofortige Maßnahmen am Platze. Hoff nennt als solche vor allem natürlich die beiden sich gegenseitig entsprechenden Maßnahmen, eine Verminderung der Ausgaben und eine Erhöhung der Einnahmen. Auf Einzelheiten in dieser Hinsicht soll hier nicht eingegangen werden. Es interessiert uns Bodner jedoch der Umstand noch besonders, daß Hoff als dritten Punkt die „genaue Abgrenzung der Eisenbahnfinanzen von den allgemeinen Reichsfinanzen“ fordert. Diese Abgrenzung will er durch ein zur Ausführung des Artikels 82 der Verfassung zu erlassendes Reichseisenbahngesetz erreichen, und er führt wörtlich fort: „Eine reinliche Scheidung zwischen beiden Verwaltungszweigen ist mehr denn je zuvor unabwendbar nötig.“

Damit stellt sich die maßgebende preussische Fachmann auf den Standpunkt, den die Finanzpolitik der früheren baltischen Staatseisenbahnen immer einig nommen hat. In Baden gehörten — seit jener noch heute vorbildlichen Gesetz über die Eisenbahnschuldentilgung von 1912 — die Eisenbahnen zu den „ausgeschiedenen Verwaltungszweigen“, ihr Budget war gesondert aufgestellt und blieb von dem der allgemeinen Staatsverwaltung völlig getrennt. Das Verfahren hat sich bei uns durchaus bewährt, und wir dürfen neben der Genugtuung, die wir über diesen Vorschlag Hoff's empfinden, unserer Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses bewährte Verfahren bald auch zu der so nötigen Umwindung der deutschen Eisenbahnfinanzen beitragen möge.“

Verschiedenes.

• In Wien sprengen etwa 500 Personen eine Vorstellung von Schnitzers „Reigen“. Es wurden Steinbomben geworfen und das Publikum unter Schmährufen gegen die Juden tätlich angegriffen.

In eigener Angelegenheit der Firma.

Der „Volkfreund“ hält es für notwendig, so auch jetzt wieder, dann und wann in langen, aber darum nicht wahreren Artikeln einen der Inhaber der Braunschweiger Hofbuchdruckerei in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Wir halten es nicht für notwendig, seinen Spuren zu folgen. Es könnte aber der Zeitpunkt kommen, wo wir geizigen sind, zu untersuchen, ob wir uns noch länger die schweren Geschäftsschädigungen gefallen lassen können, die durch diese Verunglimpfungen ungewissheit herbeigeführt werden. Die Verantwortung für die Schädigungen haben die Redaktion des „Volkfreundes“ und deren Internen, vermuthlich Leute, die nach § 1 des Betriebsratsgesetzes für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes einzutreten haben, in der Folge zu tragen. Vielleicht dürfte es auch zweckmäßig sein, wenn die Redaktion des „Volkfreundes“ die „Unzuverlässigen“ anhalten würde, die geordneten Tarifinstanzen anzurufen, bevor sie ihre Feder mit giftiger Tinte füllen. Vor diesen Tarifinstanzen scheinen aber die Urheber dieser Artikel einen heiligen Respekt zu haben.

G. Braunschweiger Hofbuchdruckerei und Verlag.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 19. Februar. 7^{1/2}—9 Uhr. Mk. 12.—
Neu einstudiert: **Judith.**

Im Landestheater. So. 20.: Margarete. 6. (20.—)
— Mo. 21.: Sinfonie-Konzert. Dirigent: Fritz Cortezis. Solistin: Karoline Lankhout. 7. (6.—) — Die 22.*: Lakmé. 7. (17.—) — Mi. 23.*: Madame Butterfly. 7. (17.—) — Do. 24.*: Margarete. 6. (17.—)
— Fr. 25.*: Iphigenie auf Tauris. (Schauspiel.) 7. (12.—) — Sa. 26.*: Judith. 6^{1/2}. (12.—) — So. 27.: Die Meistersinger von Nürnberg. 7^{1/2}. (25.—) — Mo. 28.: Volksbühne. J. 6: Der Evangelist. 7. (17.—, nur Stehplätze vorhanden).

Im Konzerthaus. So. 20.*: Zwangseinquartierung. 7. (11.—) — Die 22.: Volksbühne, L. 7: Pension Schöllr. 7. — Fr. 25.: Volksbühne, L. 8: Pension Schöllr. 7. — So. 27.*: Die Journalisten. 7. (11.—)

Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 19. nachm. 7^{1/4}—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 21. an. 3.885

Erldchen der Maul- und Klauenseuche.

Die für den östlich der Ettingerstraße gelegenen Stadtteil als Beobachtungsgebiet angeordneten Maßregeln werden mit Wirkung vom 12. Januar 1921 ab aufgehoben.

Karlsruhe, den 12. Februar 1921.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion C. O. 3.28

Maul- und Klauenseuche.

Unsere, auf Grund des § 36 B.-B.-D. zum Viehseuchengesetz getroffene Anordnung vom 19. Nov. 1920 hinsichtlich der von Händlern nach Baden eingeführten und zum Verkauf bestimmten Einschlachtwine (Kleintiere) in den Zeitungen vom 21. und 22. November 1920) wird zur Verhütung weiterer Seucheneinführungen, mit sofortiger Wirkung auch auf die von Landwirten oder sonstigen Schweinehaltern im Wege des gemeinsamen Bezugs oder durch Vermittlung landwirtschaftlicher Vereinigungen in das Land eingeführten Einschlachtwine mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Tiere vor ihrer Abgabe an die Käufer einer lebensfähigen Beobachtung zu unterwerfen sind. Die Angaben sind wie bei der Anordnung für die Händler zu machen.

Karlsruhe, den 10. Februar 1921.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion C. O. 3.24

Bei dem neu errichteten Landesamt für Arbeitsvermittlung ist die außerplanmäßige Stelle einer

wissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeiterin

zu besetzen. Praxis im Arbeitsnachweiswesen oder in der Berufsberatung dringend erwünscht. Vergütung erfolgt nach den Bestimmungen des Beamtenbesoldungsgesetzes. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 10. März 1921 an das Arbeitsministerium in Karlsruhe, Herrenstraße 45a, zu richten.

Karlsruhe, den 17. Februar 1921.
Badisches Arbeitsministerium.
J. A. Fuchs.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik
Karlsruhe, Kaiserstr. 128 a. Karlsruher
Wandbilderschmuck
Inh.: W. Bertsch Bildereinsparungen

Badischer Eisenbahner-Kalender

Zwölfter Jahrgang 1921

Herausgeber
August Haefner,
Rechnungsrat
Preis 4 S.—

Neben dem Besoldungsgesetz und verschiedenen, aus Anlaß der Verreichlichung entstandenen Gesetzen und Verordnungen aller Art für Beamte und Arbeiter enthält der Kalender ein vollständiges Verzeichnis der obersten Beamten des Reichsverkehrsministeriums, des Reichsgeneralamts und der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe nach dem neuesten Stand und der Dienstaltersfolge. Ganz besonders reichhaltig ist die Zusammenstellung der aus Anlaß der Verreichlichung in überaus großer Anzahl notwendig gewordenen Gesetze und Verordnungen des Reichs, der obersten Reichseisenbahnverwaltung und der Eisenbahngeneraldirektion, wie sie in den Reichs-, Verwaltungs- und Nachschreibblättern erschienen sind. Durch kurze Stichworte sind die legitimiert gefassten Artikel übersichtlich und leicht auffindbar angegeben. Ein sicherer, unentbehrlicher Führer in der Hochflut der Vorschriften. Auch sonst ist viel Wissenswertes für die Besoldungsgruppen enthalten. Eingestreute literarische Beiträge bereichern noch den Inhalt.

G. Braunschweiger Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden,
14 Karlsruherstraße 14

Familienversorgung

Wer für sich und seine Hinterbliebenen sorgen will, erreicht dies in besonders vorteilhafter Weise durch Benutzung der Versicherungs-einrichtungen des

Preussischen Beamten-Vereins

Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehr-, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Förster, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, Kaufm. Angestellte und sonstige Privatangestellte.

Versicherungsbestand 475 270 297 M.
Vermögensbestand 206 436 818 M.

Der Verein arbeitet ohne bezahlte Agenten und spart dadurch sehr bedeutende Summen. Er kann daher die Prämien (Versicherungsbeiträge) sehr niedrig stellen und trotzdem sehr hohe Dividenden verteilen, so daß die Gesamtkosten für die Versicherung bei unbedingter Sicherheit äußerst gering sind. — Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch

Die Direktion des Preussischen Beamten-Vereins zu Hannover.

Bei einer Drucksachen-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Voranzeige.

Versteigerung badischer Qualitäts-Weine in Offenburg

(Saal der Neuen Falz, Marktplatz)

am 19. und 20. April 1921.

Angeboten werden ca. 1200 Hektoliter der hervorragendsten badischen Qualitätsweine (Weiß- u. Rotweine) der größten Weinproduktionsgebiete Badens und zwar u. a.: Durbacher, Schloss Staufenberger, Ortenberger, Zeller, Oberkircher, Waldmüller Pfarrerberg, Affentaler, Eifelwälder, Barnharter, Fremersberger, Wankenforsberger, Ruggener, Weersburger.

Probetage am Tag vom 11. bis 14. April, außerdem Proben bei der Versteigerung.

Badische Landwirtschaftskammer

Karlsruhe. 3.933

Bürgerliche Rechtspflege

Streitige Gerichtsarbeit. 2.960. Entlast. Die durch procehene Entmündigung Beschluß des Amtsgerichts

Werten vom 22. Oktober 1916 wegen Verschwendung und Trunksucht ausgo- procehene Entmündigung Beschluß des Amtsgerichts

Schumann in Durlach wurde mit Beschluß vom 11. Februar 1921 wieder aufgehoben.

Durlach, 14. Febr. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Ausg. lichts.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Guggewier bei Laub verleiht am Mittwoch, den 23. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, in ihrem Gemeindefeld folgende Holzarten:

7 Fichten bis zu 3,56 fm messend,

131 Eichen bis zu 1,32 fm messend,

23 Erlen bis zu 0,53 fm messend,

4 Buchen bis zu 0,42 fm messend. 3.931

Guggewier, 17. Febr. 1921.

Gemeinderat.

Hieringer, Würnemeyer, Ruder, Ratsschreiber.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Malsch, Amt Gelingen, verleiht in ihrem Forstwald an nach genannten Tagen folgende Holzarten und zwar:

Donnerstag, den 24. Februar d. J., 33.:

Fichtenstämme 30 L., 190 II. und 44 III. Klasse.

Freitag, 25. Februar dieses Jahres:

Fichtenstämme 34 L., 176 II., 33 III. Klasse,

Fichtenstämme 1 II., 3 IV. Klasse,

Eichenstämme 2 II., 7 III., 11 IV. und 4 V. Klasse.

Die Zufuhrenzeit ist jeweils vormittags 9 Uhr beim Bahnhof in Malsch.

Malsch, 16. Febr. 1921.

Der Gemeinderat: Felzer, Bürgermeister, 3.932

Rung